

Dieter Dohmen

**Ende der Hauptschule – Ausweg aus der
Bildungsmisere**

Sonderdruck des Kommentars für:
Zur Diskussion gestellt, in: ifo Schnelldienst,
17/2008 (61. Jg.), S. 16-20

FiBS-Forum Nr. 41

Berlin, Oktober 2008

ISSN 1610-3548



W
B
B
O
E

© 2008 Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Berlin

Nachdruck und Vervielfältigung – auch auszugsweise – sowie Weitergabe bzw. Verkauf sind nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Verfasser gestattet.



**Forschungsinstitut für
Bildungs- und Sozialökonomie
Institute für Education and Socio-
Economic Research and Consulting**

Reinhardtstr. 31 – 10117 Berlin
Tel.: 030/8471223-0 – Fax: 030/8471223-29

E-mail: fibs@fibs.eu

URL: www.fibs.eu

Einleitung

Ende der Hauptschule – Ausweg aus der Bildungsmisere? Folgt man dem Titel, dann ist die Hauptschule am Ende. Da dies nur als These, nicht aber als Fakt angesehen werden kann, soll zunächst geklärt werden, ob sie richtig ist und wie sie begründet werden kann. Im zweiten Teil kann dann der Frage nachgegangen werden, welche Veränderungen mit der Abschaffung der Hauptschule verbunden wären und welche Folgen sie haben könnten. Schließlich gilt es zu diskutieren, welche Probleme damit gelöst werden könnten und welche nicht.

Naht das Ende der Hauptschule oder ist sie bereits am Ende?

Auf den ersten Blick ist das Bild widersprüchlich: Schleswig-Holstein, Hamburg und Rheinland-Pfalz haben bereits Wege eingeschlagen, die dazu führen, dass die Hauptschule als eigenständige Schulform abgeschafft wird und in den neuen Ländern ist sie keine eigenständige Schulform mehr bzw. war sie es auch nicht. Auch hat die SPD in ihrem jüngsten Bildungsbeschluss die Abschaffung der Hauptschule gefordert; Forderungen von den Bündnisgrünen und der Linken gehen in die gleiche Richtung. Auf der anderen Seite wird an der Hauptschule vor allem von Vertretern von CDU und CSU festgehalten, u.a. mit dem Argument, sie sei die Schule für die praktisch Begabten.

Da aber die Frage nach dem Ende der Hauptschule zunächst eine landespolitische Entscheidung ist, bietet es sich an, die Rolle der Hauptschule und deren Entwicklung insbesondere in den einzelnen Bundesländern genauer zu untersuchen, um die Diskussion differenziert führen zu können.

Die Rolle der Hauptschule im deutschen Schulsystem könnte unterschiedlicher nicht sein

Insgesamt gingen laut Bildungsbericht 2008 im Schuljahr 2006/07 in Deutschland 18,9 % der Grundschüler/innen auf eine Hauptschule über; in den alten Ländern waren es 20,6 %, in den neuen Ländern 0 %. D.h. in den neuen Ländern – sowie ferner in Bremen – existiert die Hauptschule als eigenständige Schulform nicht (mehr); und im Saarland spielt die Hauptschule als eigenständige Schule nur eine marginale Rolle. Wenn Schleswig-Holstein, Hamburg und Rheinland-Pfalz mit ihren Plänen ernst machen bzw. ernst gemacht haben und die Hauptschulen dort abgeschafft sind, dann hat die Hälfte der Länder keine Hauptschulen mehr.

Aber auch in den westdeutschen Ländern, die noch Hauptschulen haben, gibt es einige Unterschiede. Während in Bayern 39 % und in Baden-Württemberg 28 % der Fünftklässler die Hauptschule besuchen, sind es in den meisten anderen Ländern, die noch eine Hauptschule haben (Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein), zwischen 13 und 19 %. Die geringste Rolle spielen die Hauptschulen in Berlin mit 8,3 %. Hessen spielt insoweit eine Sonderrolle, als hier zwar nur 3,9 % der Fünftklässler in die Hauptschule übergehen, aber mit 19,7 % ein

vergleichsweise hoher Anteil in der Orientierungsstufen ist, eine „Schulform“, die es in anderen Ländern nicht oder nur mit vergleichsweise geringer Bedeutung gibt.

Betrachtet man die Entwicklung in den vergangenen Jahren, dann ist die Bedeutung der Hauptschule in den vergangenen Jahren deutlich rückläufig. So hat sich der Anteil an Schüler/innen, die nach der Grundschule in die Hauptschule übergehen, im Schnitt der westdeutschen Länder allein zwischen den Schuljahren 2004/05 und 2006/07 um 2,8 Prozentpunkte verringert; gemessen an den Ausgangswerten ist dies eine Verringerung um 15 %. Überdurchschnittlich sind dabei die Rückgänge in Hamburg (–4,8 Prozentpunkte), Bayern (–3,8 Prozentpunkte), Schleswig-Holstein (–3,4 Prozentpunkte) und Niedersachsen (–3,3 Prozentpunkte).

Interessant ist dabei, dass sich der Bedeutungsverlust der Hauptschule nicht nur in den Ländern zeigt, wo sie (fast schon) als „Restschule“ bezeichnet werden kann, sondern auch – allerdings auf einem deutlich höheren Niveau als in anderen Ländern – in Bayern, wo die Hauptschule laut Bildungsbericht 2006 immer noch die Regelschule für alle Schüler/innen der Klassen 5 und 6 ist, die nicht auf das Gymnasium übergehen (S. 239). Gingen hier im Schuljahr 2000/01 noch 54,0 % der Grundschüler/innen auf die Hauptschule über und nur 12,4 % in die Realschule, waren es im Schuljahr 2006/07 noch 39,0 %, die in die Hauptschule übergangen, und 23,1 % in die Realschule. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass in der 7. Klasse noch einmal eine größere Gruppe von der Hauptschule an die Realschule wechselt. Wie dargestellt sind die Entwicklungen in anderen Ländern noch weitaus „dramatischer“

Die abnehmende Bedeutung der Hauptschule zeigt sich auch in der Entwicklung der Schullaufbahnpräferenz der Grundschullehrkräfte, wie sie exemplarisch etwa in IGLU/Pirls ermittelt wird. Befürworteten die Grundschullehrer bei der Erhebung im Jahr 2001 noch zu fast einem Drittel (29,3 %) die Hauptschule, waren es 2006 nur noch ein Viertel (24,8 %) (Arnold u.a. 2007, S. 275). Deutlicher noch als bei den Lehrkräften wird der Bedeutungsverlust bei den Eltern sichtbar. Bevorzugten 2001 noch 22,1 % die Hauptschule waren es 2006 nicht einmal mehr 15 %. Umgekehrt stieg auch hier vor allem die Präferenz für das Gymnasium.

Hierbei soll nicht übersehen werden, dass unterschiedliche Aspekte bei der Entwertung der Hauptschule eine Rolle spielen dürften. So haben es Hauptschulabsolventen auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt immer schwerer und es gibt immer weniger „Abnehmer“ von Hauptschulabsolventen. Ferner dürfte auch der politische Druck zu Empfehlungen auf höhere Schulen seine Effekte haben. Die verschiedenen Effekte dürften auch dazu führen, dass sich insbesondere Eltern gegen einen Hauptschulbesuch ihrer Kinder wehren („Endstation Hauptschule“). Dies führt dazu, dass die Schülerschaft immer problematischer wird und die Hauptschule ihren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen kann, um qualifizierte Schulabgänger hinreichend für das berufliche Ausbildungssystem zu qualifizieren. Hier kommt schnell eine Abwärtsspirale in Gang, die kaum noch zu stoppen ist. Die Folge, die Hauptschule

wird zu einem Sammelbecken für Kinder aus sozial schwachen Familien und Schüler/innen mit Migrationshintergrund.

Wichtig ist bei den Übergangsentscheidungen auch, dass es einerseits eher Kinder aus bildungsnaheeren Familien sind, die entgegen der Empfehlung der Lehrkräfte eine höherwertige Schulform besuchen, während bildungsfernere Eltern eher zugunsten niedrigerer Schulformen optieren (siehe hierzu sowie als Überblick über die Literaturlage ausführlicher Arnold u.a. 2007, S. 276f.). Damit verschärft der Einfluss der Eltern auf die Übergangsentscheidung tendenziell noch die soziale Selektivität im Bildungswesen.

Hierbei soll nicht negiert werden, dass die schulischen Leistungen die „erstrangige Vermittlungsgröße in der Reproduktion von Bildungsungleichheit“ sind. Gleichwohl ist auch zu konstatieren, dass Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Elternhäusern eine dreifache Benachteiligung erfahren. „Sie verfügen über niedrigere schulische Kompetenzen (primäre Herkunftseffekte), erhalten bei gleichen Leistungen schlechtere Beurteilungen (Noten und Schullaufbahnpräferenzen) von ihren Lehrern und werden bei gleichen Leistungen und gleichen Beurteilungen von ihren Eltern eher auf eine niedrigere Schulform geschickt“ (Arnold u.a. 2007, S. 292).

Für die hier anstehende Frage, ob die Hauptschulen abgeschafft werden (sollen), ist ferner die demografische Entwicklung zu berücksichtigen. Sie führt dazu, dass in den kommenden 15 Jahren die für den Übergang in die Hauptschule relevanten Altersgruppen deutlich kleiner werden; in Bayern oder Baden-Württemberg, die nach der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes von den hier interessierenden westdeutschen Ländern noch am wenigsten von der demografischen Entwicklung betroffen wären, verringert sich die Alterskohorte der 10- bis 11-Jährigen um 20 % (und in den nachfolgenden 30 Jahren um weitere 20 %); in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen sind es 25 %. Damit würde sich selbst bei konstantem Übergangsverhalten die Zahl der Fünftklässler erheblich reduzieren. Realistischer erscheint aber die Annahme, dass der Anteil der Hauptschüler/innen weiter sinken wird. In diesem Fall würde sich die Zahl der Schüler/innen, die an die Hauptschulen übergehen wird, noch (deutlich) stärker reduzieren. Würde sich z.B. die Übergangsquote jedes Jahr um 10 % gegenüber dem Vorjahr verringern, dann läge die Zahl der Fünftklässler selbst in Baden-Württemberg und Bayern innerhalb von 10 bis 15 Jahren bei unter 10.000 pro Jahr.

Die Folgen sind – bei unveränderter Schulstruktur (und selbst bei unverändertem Übergangsverhalten) – entweder kleinere Hauptschulen, die dann in vielen Fällen mit kleineren Klassen und einer sinkenden Schüler-Lehrer-Relation und steigenden Ausgaben je Schüler/in verbunden sein werden oder aber weitere Schulwege für die betroffenen Schüler/innen, wie man dies beispielsweise in den ländlichen Regionen der neuen Länder beobachten kann.

Fasst man das Bild zusammen, dann kann man m.E. ohne Übertreibung behaupten, dass die Hauptschule – mit Ausnahme Bayerns und Baden-Württembergs – schon jetzt nur noch eine begrenzte Bedeutung für das deutsche Bildungssystem hat und diese in den vergangenen Jahren immer geringer geworden ist. Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und des sich verändernden Übergangsverhaltens wäre es daher konsequent, die Existenz dieser Schulform grundsätzlich zu überdenken. Dies kann man ohne jeden ideologischen Zungenschlag gut begründen, wie die vorstehenden Ausführungen zeigen.

Damit stellt sich zugleich aber die Frage, wie die Abschaffung der Hauptschule konkret aussehen kann. Es gibt zwei grundsätzliche Wege. Der erste ist die Zusammenführung von Haupt- und Realschulen zu Sekundar-, Mittel- oder Regionalschulen unter Beibehaltung der Gymnasien. Der zweite Weg bestünde in einer grundsätzlichen Abschaffung eines gegliederten Schulsystems und der Zusammenführung zu Gemeinschaftsschulen. Auch wenn sich ein hochkarätig besetztes Gutachtergremium der Kultusminister, wie ich finde, in bemerkenswerter Klarheit für den zweiten Schritt ausgesprochen hat, ist unter Beachtung polit-ökonomischer Analysen davon auszugehen, dass es zumindest in näherer Zukunft zu keiner vollständigen Überführung des gegliederten Schulsystems in Gemeinschaftsschulen kommen wird. Allein schon der politische Einfluss von Eltern aus mittleren und gehobenen sozioökonomischen Schichten sowie der Gymnasiallehrer wird dies verhindern können. Gangbar wäre vermutlich ohnehin nur eine bundesweite Einführung, da ansonsten mit erheblichen Wanderungsbewegungen von ganzen Familien oder aber zumindest von Schüler/innen zu rechnen ist. Insofern wird bei den folgenden Überlegungen von einem zweigliedrigen Schulsystem ausgegangen.

Welche Probleme löst die Abschaffung der Hauptschule?

Zunächst einmal reduziert sich durch die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen – zumindest vordergründig – das Problem auch sozioökonomisch determinierter Zuweisungen in die Hauptschulen. Dies bedeutet zugleich, dass sich damit auch das Risiko verringert, dass Kinder zu unrecht auf Hauptschulen verwiesen werden, obwohl sie aufgrund ihrer schulischen Leistungen eigentlich eine andere Schulform besuchen müssten.

Die bisherige Kerngruppe der Hauptschulen – Kinder aus niedrigen sozioökonomischen Schichten oder mit Migrationshintergrund – wird zudem erweitert um (mehr) Kinder aus dem Mittelschichtsegment. Dadurch dürften auch die negativen Peer-Effekte zumindest abgeschwächt, wenn auch sicherlich nicht vollständig beseitigt werden. Eine solche Entwicklung setzt allerdings voraus, dass es tatsächlich zu einer sozialen Durchmischung an den Schulen kommt und nicht, dass nur die Schulen umetikettiert werden, sich aber sonst nichts ändert. Diese Gefahr besteht auch, wenn in Gemeinschaftsschulen in Grund- und Ergänzungskursen unterrichtet wird; dann findet die soziale Kopplung zwar nicht über die Schulform aber über die Stufenzuweisung statt.

Gelingt die stärkere soziale Durchmischung auch in dem Sinne, dass Schüler/innen mit einer stärkeren Leistungsorientierung und Motivation zur Schülerschaft der jeweiligen Schulen und Klassen zählen, dann kann es auch zu Peer-Effekten kommen, die sich positiv auf die schulischen Leistungen der „bisherigen“ Hauptschüler/innen auswirken. Hierbei kann es aber auch widersprüchliche Effekte geben, die zwar zu besseren schulischen Leistungen führen, aber mit einem schwächeren Selbstbild verbunden sind, weil sich der Maßstab innerhalb der Klasse verschiebt: Wer in der Hauptschule zu den Leistungsstärkeren zählt, kann u.U. an einer Sekundarschule nur „Mittelmaß“ sein, was ggf. das Selbstbild trotz besserer schulischer Leistungen beeinflusst.

Eine größere soziale Durchmischung in Schulen und Klassen bedeutet aber auch heterogenere Klassen, worauf Sekundarschullehrer nur sehr unzureichend eingestellt sind. Sie müssen über eine verbesserte und vor allen Dingen praxis- und schulorientiertere Aus- und Fortbildung darauf vorbereitet werden. Die Neuausrichtung der Lehrerbildung in Richtung einer dualen akademischen Ausbildung auf Hochschulniveau ist für mich ohnehin ein ganz zentraler Eckpfeiler für Verbesserungen im Bildungssystem; die bisherigen Reformschritte sind völlig unzureichend und lassen insbesondere die notwendige Verzahnung von Theorie und Praxis vermissen.

Es ist auch zu erwarten, dass der Anteil an Schüler/innen steigt, die einen mittleren Realschulabschluss erzielen. Ob dies ebenfalls zu einem Absinken des Anteils von Hauptschulabsolventen führt, hängt davon ab, ob es gelingt, die Schulabbrecherquote zu reduzieren – womit wir uns den Problemen zuwenden, deren Lösung nicht unmittelbar durch die Abschaffung der Hauptschule gelöst werden können.

Welche Probleme können durch die Abschaffung der Hauptschule nicht gelöst werden?

Als eines der wesentlichen Probleme des deutschen Bildungssystems ist der hohe Anteil an jungen Menschen zu sehen, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Im Jahr 2006 waren dies 76.000 junge Menschen; dies entspricht rund 8 % derer, die jedes Jahr das Schulsystem verlassen. Hierbei ist einerseits zu beachten, dass die Abbrecherquoten tendenziell von Süd(west) nach Nordost zunehmen und in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Brandenburg bei über 10 % liegen. Andererseits besteht die Gruppe der Schulabgänger ohne Abschluss durchschnittlich zu über der Hälfte aus „Abbrechern“ von Förderschulen; in den neuen Ländern sind es fast 60 %. D.h., durch die Abschaffung der Hauptschulen alleine wird sich das Problem des Schulabbruchs nur zum Teil lösen lassen, sodass gleichzeitig auch die Zuweisungspraxis an die Förderschulen bzw. deren Rolle im Schulsystem überprüft werden müsste. Dies gilt umso mehr, als auch die Überweisung an Förderschulen häufig durch sozioökonomische und nicht durch „harte, objektive“ Faktoren beeinflusst ist. Für die von Bundesregierung und Kultusministerkonferenz gewünschte Halbierung der Abbrecherquoten sind daher weitergehende Maßnahmen erforderlich.

Im Kontext des Schulabbruchs ist ferner darauf hinzuweisen, dass Jungen und Jugendliche mit Migrationshintergrund überproportional vertreten sind. Hieraus folgt, dass diese Zielgruppen verstärkt in den Fokus genommen werden müssen und der Unterricht sie besser – im Sinne von zielgruppenorientierter ansprechen muss –, ohne damit eine neue Benachteiligungsdiskussion anfangen zu wollen. Zu entsprechenden Unterrichtsformen – im Übrigen nicht nur für leistungsschwache, sondern für alle Schüler/innen und Schulformen – zählen etwa praxis- und lebensweltnähere Ansätze, wie z.B. Handwerk-Lernen, Betrieb und Schule oder produktives Lernen, die in unterschiedlicher Form in vielen Bundesländern auch bereits praktiziert werden, wenn auch meist in vergleichsweise geringem Umfang. Zu fordern sind auch geschlechtergerechte Lehrformen und -inhalte, zugunsten der Mädchen z.B. in den MINT-Fächern, zugunsten der Jungen in den Sprachen und anderen „weichen“ Fächern.

Ein weiterer Aspekt, der für mich beim Schulabbruch eine Rolle spielt, ist neben einer bisweilen unzureichenden und teilweise auch ungünstigen Vorbildfunktion, die manchen Familien bzw. Eltern zukommt, die Frage der Perspektive. Wenn Jugendliche den Eindruck haben, dass sie ohnehin keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, egal ob mit oder ohne Hauptschulabschluss, woher sollen sie dann die Motivation nehmen, sich anzustrengen? Hier sind einerseits Gesellschaft und Ausbildungsbetriebe – letztere ggf. in Kooperation mit den Schulen – gefordert; andererseits verbessert die demografische Entwicklung die Zukunftsperspektive beträchtlich: Jeder junge Mensch, der einen Schulabschluss hat, wird in den kommenden Jahren einen Ausbildungsplatz und anschließend auch einen Arbeitsplatz finden; Unternehmen und öffentlicher Dienst werden händeringend Nachwuchskräfte suchen.

Im Hinblick auf die Stigmatisierung, die Schulabgänger mit Hauptschulabschluss häufig erfahren, stellt sich auch die Frage, ob der Hauptschulabschluss in der bisherigen Form noch Zukunft hat. Solange dies von Ausbildungsbetrieben und Unternehmen als ein Zertifikat angesehen wird, das für die Ausbildung und das Arbeitsleben unzureichende Qualifikationen vermittelt, wird die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen nicht den Effekt haben, dass Schulabgänger mit Hauptschulabschluss schneller eine Lehrstelle finden. Insoweit muss der Hauptschulabschluss auch wieder stärker mit Qualifikation gleichgesetzt werden. Hier besteht entsprechender Handlungsbedarf.

Wenn es demnach gelingen soll, die Abbrecherquoten zu verringern und das Bildungsniveau nachwachsender Generationen zu erhöhen, dann muss der frühkindliche Bereich ausgebaut und insbesondere auch stärker auf die Kinder aus sozioökonomisch schwächeren Familien ausgerichtet werden. Sie sind diejenigen, die derzeit – insbesondere bei den unter 3-Jährigen – unzureichend erreicht werden. Derzeit steigt der Umfang der (täglichen) Nutzung von frühkindlichen Einrichtungen mit dem Bildungshintergrund, dem Einkommen und dem Umfang der Erwerbstätigkeit der Mutter. Zukünftig muss dem Bildungs- und Entwicklungsbedarf des Kindes eine wesentlich größere Rolle bei der Zuweisung des Zeit- und Förderbedarfs zukommen, als dies bisher der Fall ist. Dies muss nicht zulasten des

Betreuungsbedarfs aufgrund der Erwerbstätigkeit der Eltern gehen. An dieser Stelle muss nicht nur Geld in die Hand genommen werden, sondern der Bund sollte auch deutlich stärker als bisher in die finanzielle Verantwortung genommen werden – schließlich ist er zusammen mit den Sozialversicherungen der größte Nutznießer eines besseren Kita-Systems.